

Auftrag aus der Geschichte an die Sozialpolitik heute

Klaus Dörner

Aus der mich beeindruckenden Rede der Parlamentspräsidentin heute vormittag anlässlich der Einweihung des Mahnmals für die behinderten NS-Opfer vor der Rostocker Klinik habe ich für meine folgenden Gedanken ein Motto formuliert: „Nur wenn die Euthanasie-Toten uns ohne Ende an die stets offenen Wunden der Psychiatrie erinnern, sind sie nicht umsonst gestorben.“

Ich will mich hier – als Zeitzeuge – zum Beispiel dafür machen, wie wir psychiatrischen Profis durch den Vorrang unseres Gesellschafts-Auftrags und durch den Vorrang unserer professionellen Eigeninteressen uns immer wieder an den psychisch Kranken – vor allem an den chronisch psychisch Kranken – schuldig gemacht haben und weiterhin machen.

Ich beginne mit der Erinnerung daran, dass ich schon meine Zeugung der Begeisterung meines Vaters – Hausarzt in Duisburg – über die Machtergreifung Adolf Hitlers verdanke, dass ich über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse geweint habe, weil dort die Besatzungsmächte die „Helden meiner Kindheit“ getötet haben und dass ich noch bis Mitte der 50er Jahre gefühlsmäßig Nazi-identifiziert war, während ich mich intellektuell bemühte, mich davon zu distanzieren.

Den ersten Durchbruch in Richtung auf die Wahrheit verdanke ich dem wohl ersten Antisemitismus-Seminar, das seit 1963 an der Freien Universität Berlin lief und über viele Jahre nicht enden konnte, weil die Teilnehmer (viele davon wurden die Wortführer der 68er Bewegung) derart erschüttert waren, dass sie mit dieser schmerzlichen Reflexion nicht aufhören wollten. Da ich der einzige Mediziner war, habe ich für mich die Verfolgung der Juden um die Verfolgung der psychisch Kranken und Behinderten ergänzt, sodass mein Seminarbeitrag „Bürger und Irre“ (1969, zuletzt Hamburg 1995 war), worin ich als Folge des Aufbruchs zur industriell-

len Marktgesellschaft im 19. Jahrhundert die Ausgrenzung und Schutzhaft der Schwachen zugunsten der Starken beschrieben habe, organisiert als die Institutionalisierung und Professionalisierung des Helfens; und in der dadurch entstehenden Trennungs- oder Apartheidsgesellschaft galt über 100 Jahre Fortschritt als „stationär vor ambulanz“, mit allen Folgen zunehmender Gewaltanwendung gegen die Schwachen, also z. B. auch gegen chronisch psychisch Kranke und Behinderte. Wir Gesundheits- und Sozialprofis hatten also ursprünglich den gesellschaftlichen Auftrag der Trennung und nicht der Integration der Schwachen, was uns offenbar noch bis heute in den Knochen sitzt; denn Ergebnis der 30-jährigen euphorisch gefeierten Psychiatriereformzeit war es, dass die Zahl der Heimplätze für die chronisch psychisch Kranken und Behinderten nicht abnahm, sondern sich bis heute noch steigerte.

Wie war es trotz dieses beschämenden Hintergrundes möglich, dass sich nun seit 1980 die Symptome dafür mehren, dass es seither eine gesellschaftliche Bewegung gibt mit dem Ziel, von der bisherigen modernen Apartheidsgesellschaft zunehmend zu einer Integrationsgesellschaft zu kommen – sogar mit der Rückstellung unserer Profi-Eigeninteressen und des bisherigen trennenden Gesellschaftsauftrags?

Mein autobiografisch gefärbter Beitrag möchte eine (bisher vergessene) Teilantwort geben: Seit 1980 gibt es geradezu plötzlich, in fast jeder Behinderteneinrichtung zum ersten Mal eine systematische Auseinandersetzung mit der NS-Euthanasie und –Zwangsterilisation, getragen von einer Generation, die deutlich jünger und damit unbefangener war als ich, und zwar zeitgleich in der BRD und in der DDR. Im Osten etwa in Leipzig (um Achim Thom herum), in Brandenburg und Lobetal, im Westen u. a. organisiert im „Arbeitskreis für die Erforschung der NS-Euthanasie“.

Bezeichnendes Beispiel für meine generationsbedingte Auftrags-Ambivalenz: Als wir in Gütersloh 1984 erstmals in Deutschland eine ganze Tagung der NS-Behinderterverfolgung widmen wollten und ich voller Stolz darüber die lokale Presse informierte, fragten mich die Journalisten: „Sie

wollen über die Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten reden; haben Sie denn auch schon mit denen gesprochen?“ Ich habe mich nie in meinem Leben so geschämt, weil ich gestehen musste, dass ich auf diesen - doch naheliegenden – Gedanken bisher nicht mal gekommen sei. Mit Hilfe dieses Presse-Impulses hat sich das dann schnell geändert, woraus – vor allem dank der Gründerin Klara Nowak - der „Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten“ mit all seinen segensreichen Folgen für die Betroffenen entstand.

Erst aufgrund einer solchen Annäherung haben wir angefangen, uns nicht nur den Tätern auszusetzen, sondern auch den Opfern: jedes einzelne Verfolgten-Schicksal ging uns unter die Haut, schon weil wir ihre Ausgrenzung und Institutionalisierung, den Verlust ihrer Heimat, ihres Sozialraums, das Schicksal der Angehörigen und damit ihre Entwertung als Voraussetzung dafür erkennen mussten, später NS-Opfer zu werden. Wir nannten das „aus der Krankengeschichte eine Lebensgeschichte machen“.

Und erst dadurch, dass wir Sozialprofis zwischenmenschliche, auch freundschaftliche Beziehungen zu den NS-Opfern zuließen, wurde es uns innerlich und äußerlich möglich, solche – bisher als unprofessionell abgelehnten – Beziehungen auch zu den übrigen institutionalisierten chronisch psychisch Kranken und Behinderten zu wagen und den Gedanken zuzulassen, dass wir vielleicht auch all diesen übrigen Langzeitpatienten gegen jedes Menschen- und Bürgerrecht bisher die Freiheit vorenthalten haben und dass alle oder doch zumindest die meisten von ihnen – genau so wie wir – in ihrem eigenen Sozialraum wohnen und arbeiten könnten. Wir ergänzten also unser bisheriges professionelles Motto um ein weiteres Glied: nicht nur vom institutionszentrierten zum personenzentrierten Ansatz, sondern noch weiter zum sozialraumzentrierten Ansatz!

Und wenn ich es recht sehe, wurde es nur dadurch möglich, dass es seit 1980 immer mehr Beispiele für den Aufbruch aus der Apartheidsgesellschaft in die Integrationsgesellschaft gibt: z. B. Hamburg, wo alle Behin-

dernten-Einrichtungen mit dem Senat vereinbart haben, dass in 5 Jahren ein Drittel der Heimplätze „ambulantisiert“ werden – nach dem Motto „Nur Bürger können Bürger integrieren“; oder Hephata/Mönchengladbach, wo man ähnlich vorgeht und wo vor kurzem das Anstaltszentralgebäude in die Luft gesprengt wurde; oder das Kloster Blankenburg, die Behinderten-„Deponie“ von Bremen, das in 10 Jahren ganz verschwunden ist; oder Rostock, das sich auf dem Weg zu einer heimfreien Stadt gemacht hat; oder Gütersloh, wo sämtliche 435 lebenslänglich verheimten Langzeitpatienten in eigene Wohnungen integriert wurden; oder das Ev. Johannes-Werk in Bielefeld, der größte Pflegeheim-Träger von Westfalen, das vor kurzem beschlossen hat, keinen Heimplatz mehr zu schaffen, sondern nur noch auf ambulante Wohnungen und Wohnpflegegruppen zu setzen; oder auch der Bundestag in Berlin, wo von mehreren Abgeordneten die „Bundesinitiative Daheim statt Heim“ unlängst gestartet wurde.

Fazit: Der Auftrag aus der Geschichte an die Sozialpolitik heute lautet also, von der marktorientierten Apartheids- zur gemeinwohlorientierten Integrationsgesellschaft zu kommen. Ich hoffe daher, dass Sie jetzt mein Motto besser verstehen: „Nur wenn die Euthanasie-Toten uns ohne Ende an die stets offenen Wunden der Psychiatrie erinnern, sind sie nicht umsonst gestorben“.